

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Dezember 2015

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen.....	1
Europaparlament: erfolgreiche Schriftliche Erklärung „Investitionen in Kinder“	1
EU-Kommission: Gesetzentwurf zum europäischen Barrierefreiheitsgesetz	1
EU-Kommission stellt Aktivitäten-Liste zu LSBTI-Rechten vor	1
Niederlande übernehmen Ratsvorsitz am 1. Januar 2016	1
Rat für „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“	2
Rat für Justiz und Inneres: Keine Erleichterung für im Ausland lebende Paare	2
Einigung über Europäische Datenschutzrichtlinie erzielt	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Slowenien	3
Weitere Nachrichten	3
Eurochild: Report zu Kinderrechten in der EU	3
EU Kommission: Neue Bürgerinitiative registriert	3
European Youth Forum: Resolutionen zur Jugendpolitik.....	4
EuGH-Urteil zu Mindest-Alkoholpreisen erwartet.....	4
EAPN fordert Stärkung der sozialen Säule Europas vom EPSCO-Rat.....	4
EU-Fördermittel für eine tolerante Gesellschaft bereitgestellt	5
Berichte und Studien.....	5
EIGE-Studie zu ‘Gender Equality in Power and Decision-Making’	5
European Youth Forum: “International Law of Youth Rights” veröffentlicht.....	5
FRA-Reporte.....	5
Eurostat: Bericht zu Menschen in der EU	6
Eurofound: Erste Ergebnisse des 6. European Working Conditions Survey	6
Kommission: Studie zu Armutsdynamik in Europa.....	6
SOLIDAR- Veröffentlichungen.....	7
European Youth Forum: Umfrage zur Diskriminierung junger Leute veröffentlicht.....	7
Families and Societies: Working Papers erschienen	7
Bevorstehende Veranstaltungen.....	7

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Europaparlament: erfolgreiche Schriftliche Erklärung „Investitionen in Kinder“

Im September 2015 hatten elf Abgeordnete des Europaparlaments eine Schriftliche Erklärung (Nr. 0042/2015) veröffentlicht, in der sie Kommission und Rat auffordern, verbindliche Ziele für die Verringerung der Armut und sozialer Ausgrenzung von Kindern zu vereinbaren, einen Fahrplan zu erstellen und Indikatoren für das Wohlergehen von Kindern zu ermitteln. Diese Schriftliche Erklärung wurde nun mit großer Mehrheit der Abgeordneten angenommen und an die Kommission sowie den Rat übergeben.

- [Schriftliche Erklärung zu Investitionen in Kinder](#) 
- [Zum Verfahren der Schriftlichen Erklärung im Europaparlament](#)
- [Pressemitteilung von Eurochild](#) 

EU-Kommission: Gesetzentwurf zum europäischen Barrierefreiheitsgesetz

Die EU-Kommission legte am 2. Dezember 2015 einen Vorschlag für verbesserte Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen vor. Die gemeinsamen europäischen Regeln sollen zukünftig die soziale Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen erleichtern. Rund 80 Millionen Menschen in der EU haben derzeit eine mehr oder minder schwere Behinderung.

Die Richtlinie soll für eine Reihe wichtiger Produkte und Dienstleistungen gelten wie Computer, Fahrausweisautomaten, Smartphones, Fernsehgeräte, Bankdienstleistungen, E-Books und den elektronischen Handel. Geregelt werden, welche Merkmale eines Produkts oder einer Dienstleistung barrierefrei gestaltet sein müssen. Zuvor hatte die Kommission in einer öffentlichen Konsultation die zu regelnden Produkte und Dienstleistungen erfragt. Der Regelungsvorschlag der Kommission muss nun zur Prüfung und zur Annahme an das Europäische Parlament und den Rat übermittelt werden.

- [Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie zur Barrierefreiheit](#) 

EU-Kommission stellt Aktivitäten-Liste zu LSBTI-Rechten vor

Die Kommissarin für Justiz und Gleichstellung, Vera Jourová, stellte am 7. Dezember 2015 eine Aktionsliste für LGBTI (Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans* Personen und Intersexuelle) -Rechte vor. In dem 24-seitigen Papier benennt die Kommission die Politikbereiche, die für die Rechte von LSBTI-Menschen relevant seien und in denen sie sowohl in den Mitgliedstaaten als auch in den Beitrittsländern Fortschritte erzielen will: Antidiskriminierung, Bildung, Beschäftigung, Gesundheit, Freizügigkeit, Asyl, Hassreden und -verbrechen, Erweiterung der Union und Außenpolitik.

- [Liste der Kommissions-Aktivitäten zu LSBTI](#)  

Niederlande übernehmen Ratsvorsitz am 1. Januar 2016

Turnusgemäß wechselt der Ratsvorsitz im Neuen Jahr von Luxemburg zu den Niederlanden. Leitbild für die Ratspräsidentschaft sei eine EU, die sich auf das Wesentliche konzentriere, Innovationen und Beschäftigung fördere und ihre Bürger in den Mittelpunkt stelle. Vier Prioritäten haben sich die Niederlande für die Präsidentschaft gesetzt:

- Migration und internationale Sicherheit

- Europa als Motor für Innovation und Beschäftigung
- Finanzen und die Eurozone
- Zukunftsorientierte Klima- und Energiepolitik

Zu den Details des Arbeitsprogramms informieren wir in unserer Januar-Ausgabe des Newsletters.

- [Homepage der niederländischen Ratspräsidentschaft](#)

Rat für „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“

Sozialwirtschaft stärken

Die Minister für Beschäftigung, Sozialfragen, Chancengleichheit und Gesundheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) kamen am 7. Dezember 2015 in Brüssel zusammen. Der Rat verabschiedete dabei Schlussfolgerungen über die Förderung der Sozialwirtschaft als wesentliches Instrument für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Europa. In seinem Entwurf der Schlussfolgerungen fordert der Rat die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, Strategien und Programme auf europäischer, nationaler, regionaler und/oder lokaler Ebene zur Stärkung der Sozialwirtschaft, von sozialem Unternehmertum und der sozialen Innovation zu entwickeln.

- [Entwurf der Schlussfolgerungen des Rates](#) 

Keine Einigung bei Frauen in Führungspositionen

Der Rat beriet sich eingehend zur Richtlinie über Frauen in Leitungsorganen von Unternehmen, konnte aber nicht zu einer Einigung auf eine allgemeine Ausrichtung gelangen. Unter anderem auch die deutsche Delegation hielt ihren Vorbehalt gegen den auf der Tagung präsentierten Kompromissvorschlag aufrecht. Nach diesem wären die auf Ebene der Mitgliedstaaten bereits ergriffenen Maßnahmen vollständig anerkannt und die Umsetzungsfristen verlängert worden. Zur Berücksichtigung der Bedenken hinsichtlich des Subsidiaritätsprinzips fügte der Ratsvorsitz eine Flexibilitätsklausel ein, die den Mitgliedstaaten die Aussetzung der Verfahrensvorschriften der Richtlinie unter bestimmten Bedingungen erlaubt hätte. Angesichts der nach wie vor unterschiedlichen Standpunkte zu dem seit 2012 vorliegenden Richtlinien-Vorschlag seien weitere Beratungen über die möglichen weiteren Vorgehensweisen erforderlich.

- [Kommissionvorschlag zur Richtlinie 2012](#) 
- [Nicht angenommener Kompromissvorschlag des Rates](#) 

Rat für Justiz und Inneres: Keine Erleichterung für im Ausland lebende Paare

Nach fünfjährigen Verhandlungen haben Polen und Ungarn am 3. Dezember 2015 eine EU-Vereinbarung zum Abbau bürokratischer Hürden für im Ausland lebende verheiratete und verpartnerte Paare abgelehnt, weil diese auch für gleichgeschlechtliche Paare gelten würde. Im EU-Ratsausschuss für Justiz und Inneres stellten sich die beiden Länder damit gegen die 26 anderen Mitglieder, die dem Papier zustimmen wollten. Das Dokument kann nur bei Einstimmigkeit Gesetz werden.

Einigung über Europäische Datenschutzrichtlinie erzielt

Von 2018 an wird in Europa ein einheitlicher Datenschutz gelten, wonach Unternehmen hohe Strafzahlungen drohen, wenn sie gegen die gegen Datenschutz-Standards verstoßen. Das sieht der Kompromiss vor, den Vertreter von EU-Kommission, Europaparlament und den Mitgliedstaaten nach vierjähriger Verhandlungszeit am 15. Dezember 2015 in Brüssel geschlossen haben.

Internet-Nutzer/innen soll damit mehr Kontrolle über ihre persönlichen Daten gegeben werden. Kinder und Jugendliche in einigen europäischen Ländern könnten Online-Dienste wie Facebook oder WhatsApp künftig bis zu einem Alter von 16 Jahren nur mit Zustimmung ihrer Eltern nutzen dürfen. Möglich wäre das, da der Kompromiss grundsätzlich ein Alter von 16 Jahren für die Einwilligung zur Datenverarbeitung vorsieht, es sei denn, dass nationales Recht eine andere Altersgrenze setzt. Kritiker bemängeln, dass diese Regelung realitätsfern sei. Der Kompromiss muss noch formal vom EU-Ministerrat und dem EU-Parlament angenommen werden.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Slowenien

Bei einem Referendum zur Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe hat sich die Mehrheit für die Rücknahme eines entsprechenden Gesetzes ausgesprochen. Am 20. Dezember 2015 votierten 63,12 Prozent gegen die Gleichstellung homosexueller Paare. Die Befürworter der Homo-Ehe bekamen 36,88 Prozent der Stimmen. Bei dem Referendum wurde darüber abgestimmt, ob ein im März 2015 vom slowenischen Parlament beschlossenes Gesetz zur Einführung der Homo-Ehe umgesetzt oder annulliert werden soll. Nach diesem Gesetz durften in Slowenien gleichgeschlechtliche Paare heiraten und Kinder adoptieren. Die Abstimmung war von der rechtsgerichteten Opposition und der Kirche initiiert worden.

Weitere Nachrichten

Eurochild: Report zu Kinderrechten in der EU

Jedes Jahr berichtet die Europäische Kommission über die Umsetzung der Menschenrechte in der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten. In dem nun vorliegenden Report analysiert Eurochild den Bericht der Kommission mit Blick auf die Rechte von Kindern in der EU. Darin untersucht Eurochild entlang der Themen Würde, Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Bürgerrechte und Gerechtigkeit die rechtliche Situation sowie den Stand der Umsetzung. Der Report gibt zudem Empfehlungen für die weitere Förderung der Kinderrechte auf EU-Ebene.

- [Zum Report von Eurochild](#)  
- [Zum Bericht der Europäischen Kommission](#)  

EU Kommission: Neue Bürgerinitiative registriert

Die Kommission hat am 11. Dezember 2015 entschieden, dass die Initiative "Vater, Mutter, Kind" die rechtlichen Bedingungen einer Europäischen Bürgerinitiative erfüllt. Vater, Mutter, Kind ('Mum, Dad & Kids') ruft zu einer horizontal anwendbaren EU-Regelung der Bedeutung des Ehebegriffs auf, mit dem Ziel der Anwendung im EU-Recht. Sie fordert eine klare und präzise Begriffsbestimmung von Ehe und Familie auf europäischer Ebene mit dem Inhalt, dass nur ein Mann und eine Frau zu gemeinsamer Elternschaft befähigt seien. Die Initiative hat nun 12 Monate Zeit, um die erforderliche Anzahl von Unterstützungsbekundungen zu sammeln (eine Million in mindestens sieben Mitgliedstaaten). Anschließend beraten die Mitglieder der Kommission über den Inhalt. Die Kommission kann dann entscheiden, ob sie dem Antrag folgt und muss eine

Annahme oder eine Ablehnung begründen. Beschließt die Kommission, auf eine Bürgerinitiative hin einen Vorschlag für einen Rechtsakt vorzulegen, so wird dieser Vorschlag dem Europäischen Parlament unterbreitet. Wird der Vorschlag angenommen, so wird er zum Gesetz.

- [Zu den Bürgerrechtsinitiativen in der EU](#)
- [Zur Initiative "Vater, Mutter, Kind" !\[\]\(2824aab9645d9fab95bae27ff6828dab_img.jpg\)](#)

European Youth Forum: Resolutionen zur Jugendpolitik

Das European Youth Forum hat verschiedene Resolutionen zur Jugendpolitik verabschiedet: Zum einen den Rahmenentwurf zum nächsten „strukturierten Dialog“ („Enabling All Young to Engage in a Diverse, connected and inclusive Europe“). Der Strukturierte Dialog ist das Jugendbeteiligungsinstrument der EU-Jugendstrategie. Mit dieser Methode haben sich alle Länder der EU darauf geeinigt, bis 2018 die Situation junger Menschen in Europa entscheidend zu verbessern. Der Rahmenentwurf vom European Youth Forum zur Vorbereitung der nächsten Runde des Strukturierten Dialogs zielt darauf ab, die Schlüsselbereiche zu definieren und entsprechende Maßnahmen zu identifizieren. Mit ihnen soll es jungen Menschen in Europa ermöglicht werden, ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben zu leben, interkulturelle Kompetenzen zu erwerben, eigenständig kritisch zu denken sowie in einem umfassenden Sinne zu lernen. Um dies zu erreichen, fordert das Jugendforum strukturelle Reformen des Bildungssystems, mehr Unterstützung und Wertschätzung für die Jugendorganisationen sowie mehr Bürgerrechtsbildung, interkulturelle Lernräume und soziale Inklusion.

- [Zum Rahmenentwurf !\[\]\(8c4dca64662d21542001ca0ed7eeb688_img.jpg\) !\[\]\(3de35c640e7147a3fb61ee393128d2ae_img.jpg\)](#)

In einer weiteren Resolution fordert das Youth Forum besseren Zugang zu EU-Fördermitteln für Jugendorganisationen. Mit Blick auf die negativen Entwicklungen, insbesondere die Kürzungen und strukturellen Verschlechterungen bei Erasmus+ und dem Wegfall der Zugangsmöglichkeit für Jugendorganisationen bei anderen EU-Programmen, sieht das Jugendforum die Notwendigkeit einer nachhaltigen Förderungspolitik und entwirft einen entsprechenden Aktionsplan für die eigene Tätigkeit in 2016.

- [Better Access to EU Funding for Youth Organisations !\[\]\(223f1a84e0bc2cacb9c165f716817dcc_img.jpg\) !\[\]\(c437123967ec19fa50ef7951237304ba_img.jpg\)](#)

EuGH-Urteil zu Mindest-Alkoholpreisen erwartet


Am 23. Dezember 2015 wird der Europäische Gerichtshof über Mindestpreise für Alkohol entscheiden. Um den Alkoholkonsum zu verringern, hatte das schottische Parlament beschlossen, einen Mindestpreis für alkoholische Getränke einzuführen. Der Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof vertrat dagegen die Ansicht, dass ein Mindestpreis zum Zwecke des Gesundheitsschutzes nur dann eingeführt werden dürfe, wenn diese Maßnahme verhältnismäßig sei. Insbesondere dürfe der Festsetzung eines Mindestpreises nur dann der Vorzug gegenüber der Erhöhung der Alkoholsteuer gegeben werden, wenn sie gegenüber letzterer zusätzliche Vorteile biete oder weniger Nachteile mit sich bringe.

- [Weitere Informationen beim EuGH !\[\]\(5950fde355bafc747b20583b30242b59_img.jpg\)](#)

EAPN fordert Stärkung der sozialen Säule Europas vom EPSCO-Rat

Das Europäische Anti-Poverty-Network (EAPN) hat in einem offenen Brief an den EPSCO-Rat von den zuständigen Ministern für Soziales und Beschäftigung eine deutliche Stärkung der sozialen Säule Europas gefordert. Mit Blick auf den aktuellen Wachstumsbericht sei dies überfällig. Das Netzwerk fordert

insbesondere die Stärkung der sozialen Rechte und Standards, Unterstützung für Langzeitarbeitslose und konkrete Maßnahmen zur Partizipation und Teilhabe. EAPN repräsentiert mehr als 6000 Organisationen in 31 Staaten.

- [Schreiben des EAPN an den Rat](#)  
- [EAPN Positionspapier zum Annual Growth Survey](#)  

EU-Fördermittel für eine tolerante Gesellschaft bereitgestellt

Organisationen, die sich grenzüberschreitend für mehr Toleranz in der Gesellschaft und gegen Fremdenfeindlichkeit, religiösen Fanatismus und Hasspropaganda einsetzen wollen, können dafür Fördermittel aus dem EU-Haushalt in Höhe von insgesamt 5,4 Mio. Euro erhalten. Die EU-Kommission hat dazu aufgerufen, bis zum 18. Februar 2016 Vorschläge für Projekte einzureichen.

Berichte und Studien

EIGE-Studie zu 'Gender Equality in Power and Decision-Making'

Nur einer von 25 hochkarätigen Ämtern wird von einer Frau ausgeübt, das zeigt eine neue Studie zur Geschlechtergerechtigkeit. Die Studie 'Gender Equality in Power and Decision-Making' des European Institute for Gender Equality (EIGE) verdeutlicht, dass Frauen zwar ein Drittel der politischen Entscheidungsträger/innen in der Europäischen Union stellen, sie bei den Finanzentscheidungen jedoch deutlich unterrepräsentiert sind.

- [Zum Bericht](#)  

European Youth Forum: "International Law of Youth Rights" veröffentlicht

Anfang Dezember veröffentlichte das Europäische Jugendforum im Büro der Vereinten Nationen in Genf ein zweibändiges Kompendium zum internationalen Jugendrecht. Das Werk fasst internationalen Rechtsquellen der Vereinten Nationen, anderer internationaler Organisationen und regional gültige Konventionen zu den Rechten junger Menschen zusammen. Der erste Band ist eine aktualisierte Version des 1996 erschienenen Werks von William Angel zu internationalen Jugendrechten. Der zweite Band schließt die Lücke zwischen 1996 und heute und fasst seitdem erschienene Rechtsdokumente zusammen.

- [Zur Veranstaltungsdokumentation der Buchpräsentation](#) 

FRA-Reporte

Report zu LGBTI-Rechten (Update)

Der Grundrechtsschutz für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans* Personen und Intersexuelle (LGBTI-Personen) hat sich in vielen EU-Mitgliedstaaten kontinuierlich verbessert, wie die aktualisierte vergleichende rechtliche Analyse zum Rechtsschutz von LGBTI-Personen der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) offenbart. Der Bericht stellt Unterschiede beim Rechtsschutz für LGBTI-Personen fest und zeigt, dass in einigen Ländern die Fortschritte jedoch langsamer sind und insbesondere trans* Personen und Intersexuelle haben mit Schwierigkeiten zu kämpfen.

- [Zum Bericht](#) 

Report zu Gewalt gegen Kinder mit Behinderungen

Jungen und Mädchen mit Behinderungen werden häufiger vernachlässigt und auch häufiger Opfer von körperlicher und sexueller Gewalt als Kinder ohne Behinderungen. Zudem greifen die existierenden Schutzmaßnahmen weniger für Kinder mit Behinderungen, da diese Kinder oft genau zwischen dem allgemeinen Schutz des Kindes und dem Schutz von Menschen mit Behinderungen fallen. Dies offenbart der aktuelle Bericht der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA). Daher müssten Kinder mit Behinderungen im Rahmen nationaler Kinderschutzsysteme sowie politischer Strategien und Maßnahmen als eigene Zielgruppe Beachtung finden. Nur so könnten sie vollständig in die Gesellschaft integriert werden und ein gewaltfreies Leben führen.

➤ [Zur Studie](#) 

Eurostat: Bericht zu Menschen in der EU

2014 war die Hälfte der Bevölkerung älter als 42,2 Jahre, wobei die älteste Bevölkerung sich in Deutschland (45,6 Jahre), Italien (44,7 Jahre) und Bulgarien (43,2 Jahre) befindet und die jüngste in Irland (36,0 Jahre), Zypern (36,8 Jahre) und der Slowakei (38,6 Jahre). Dies geht aus der aktuell vom EU-Statistikamt Eurostat vorgelegten Veröffentlichung "People in the EU: who are we and how do we live?" hervor. Die Publikation liefert in sieben Kapiteln ein ausführliches Bild der Bevölkerung, der Familien, der Haushalte und der Wohnverhältnisse. Die Veröffentlichung baut auf den Ergebnissen der Volks- und Wohnungszählung auf, die 2011 in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) und den Ländern der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) durchgeführt wurde.

➤ [Zur Studie](#)  

Eurofound: Erste Ergebnisse des 6. European Working Conditions Survey

Eurofound hat im Jahr 2015 die sechste Europäische Erhebung über die Arbeitsbedingungen (EWCS) durchgeführt, in der mehr als 43.000 Arbeitnehmern in 35 europäischen Ländern befragt wurden. Zielgruppen der Erhebung waren Erwerbstätige, die nach dem Zufallsprinzip aus einer statistischen Stichprobe ausgewählt wurden und einen Querschnitt der Gesellschaft mit 1.000 bis 3.300 Befragten pro Land abbilden. Bei der Erhebung wurden Fragen der Arbeitsqualität untersucht und Informationen zu unterschiedlichsten Themenbereichen erhoben: Belastung durch physische und psychosoziale Risikofaktoren, Dauer und Organisation der Arbeitszeit, Beschäftigungsstatus und Arbeitsvertrag, Arbeitsplatz, Arbeitsorganisation, Vereinbarkeit von und Wechselwirkungen zwischen Beruf und Privatleben, Aus- und Weiterbildung, Mitarbeiterbeteiligung, Gesundheit am Arbeitsplatz sowie Gehalt.

➤ [Erste Auswertung der EWCS](#) 

Kommission: Studie zu Armutsdynamik in Europa

Ein Working Paper der Sozialanalyse-Abteilung der Kommission hat Anfang Dezember 2015 ein Working Paper veröffentlicht, das sich mit der Armutsdynamik in Europa und in einzelnen europäischen Staaten beschäftigt (Poverty Dynamics in Europe: From What to Why - Working Paper 03/2015). Dazu wurden Daten aus den Jahren 2008 bis 2012 herangezogen und auf Muster von Armutsentwicklung. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf langanhaltender Armut. Dabei zeigten sich große Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten sowie zwischen unterschiedlichen Altersgruppen.

➤ [Zum Working Paper](#)  

SOLIDAR- Veröffentlichungen

Sammelband Vorschläge zu strukturellen Reformen

Anfang Dezember 2015 präsentierte Solidar im Europäischen Parlament einen Sammelband mit wissenschaftlichen Aufsätzen zu strukturellen Reformen in der EU, die Ungleichheit reduzieren und Beschäftigung, Wachstum und soziale Investitionen fördern sollen. Diese sind das Ergebnis des Solidar Social Progress Lab 2015, einem Diskussionsforum für Akademiker, politische Entscheider und soziale Akteure. Aufgerufen hatte Solidar zu Beiträgen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die helfen, alternative strukturelle Reformen der europäischen Institutionen zu formulieren und zu entwickeln. Insbesondere ging es dabei um Vorschläge zur Veränderungen bei den Investitionen, der Fiskalpolitik und den Strukturen der Union.

- [Zum Sammelband](#)  

Social Progress Watch 2015

Zwei Jahre nach der Veröffentlichung des Monitoring zum sozialen Fortschritt auf nationaler Ebene, publizierte Solidar weitere Berichte. Diese zeigen den dramatischen Einfluss der einseitigen europäischen Sparpolitik auf die gesellschaftliche Entwicklung. Erschienen sind 14 Länderberichte: Österreich, Bulgarien, Kroatien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Italien, die Niederlande, Rumänien, Serbien, Slowakei, Spanien, Großbritannien sowie ein übergreifender Bericht.

- [Zum Länderbericht für Deutschland](#)  

European Youth Forum: Umfrage zur Diskriminierung junger Leute veröffentlicht

Das Europäische Jugendforum hatte europaweit Jugendliche zwischen 18 und 35 Jahren dazu befragt, welche Formen der Diskriminierung sie erleben. Die Ergebnisse zeigen: junge Menschen fühlen sich vor allem aufgrund ihres Geschlechts, jedoch auch aufgrund ihres Alters diskriminiert.

- [Zur Studie](#)  

Families and Societies: Working Papers erschienen

Die Plattform Families and Societies hat zwei neue Working Paper veröffentlicht. Darin geht es einerseits um die Vulnerabilität von Familien mit Kindern. Betrachtet werden in dieser qualitativen Studie Definitionen von Vulnerabilität, deren Hauptrisikofaktoren und künftige sozialpolitische Herausforderungen. Das Papier schließt mit Empfehlungen für die politische Handlungsebene. Das zweite Papier beschäftigt sich mit Geschlechtergerechtigkeit in Familien und Partnerschaften mit zwei karriereorientierten Verdienern in Europa.

- [Zum Working Paper Vulnerabilität](#)  
- [Zum Working Paper Geschlechtergerechtigkeit](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
12. Jan. 2016 Brüssel, Belgien	QoC Talk " Working Group on the Quality of Childhood at the European Parliament "	Alliance for Childhood

21. Jan. 2016 Brüssel, Belgien	Conference: A review of employment and social developments in Europe in 2015	European Commission
1. Feb. 2016 Brüssel, Belgien	Buchvorstellung und Empfang "Compendium on Financial Inclusion"	COFACE
11. Feb 2016 Brüssel, Belgien	EWSDGE-Final Conference: Gender Balanced Leadership - European Women Shareholders Pave the Way	European Women Shareholders Demand Gender Equality
20.-21. Mai 2016 Strasbourg, Frankreich	European Youth Event	Europaparlament
17.-19. Juni, Trient, Italien	63rd Annual International Conference "Strong Families – Strong Communities"	ICCFR
5.-7. Juli 2016 Brüssel, Belgien	Konferenz "Children's Rights Matter: Why Europe needs to invest in children"	Eurochild
22.-25. Aug. 2016 Wien, Österreich	33. FICE Kongresses und 2. CYC Weltkonferenz "Together Towards a Better World for Children, Adolescents and Families"	FICE

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).



AGF e.V. · Einemstr. 14, 10785 Berlin · Web: <http://ag-familie.de> · Tel.: +49 (0) 30-2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Redaktion: Juliana Schiwarov, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

